# Arbeiter-Stimme

Einzelnummer 10 Pfennig

Tageszeitung der KPD . Sektion der Kommunistischen ... Bezirk Sachsen

Verbreitungsgebiet Ostsachsen . Beilagen: Der rote Stern . Rund um den Erdba... Feuilleton . Das Bild der Woche

8. Jahrgang | Dresden, Donnerstag den 29. Dezember 1932 | Nummer 297


**Fehlgeordnet Schenk war auch an den Breslauer Nazi-Bombenattentaten beteiligt!**

**Margarine-Notverordnung erlassen.** (Siehe unsere Meldungen im Innern der Zeitung)

## Aufruf der BL Sachsen der KPD:

# Vorwärts im Massenkampf

## Für die KPD-Forderungen in den Kommunalparlamenten . Gegen die neuen Betrugsmanöver der SPD

### Arbeiter, Werktätige Sachsens!

Die Not und Verelendung der Arbeiter und Werktätigen nimmt mit der wachsenden Verschärfung der Krise des bankrotten kapitalistischen Systems immer schärfere Formen an. Die deutsche Bourgeoisie und ihre Sachwalter, die kapitalistischen Regierungen und deren parlamentarische Stützen versuchen alle Lasten des kapitalistischen Bankrotts auf die Schultern der Besitzlosen und Ausgebeuteten abzuwälzen. Riesengeschenke an Steuern, Subventionen und Zöllen werden den Kapitalisten zugeschanzt. Die Politik der Subventionierung der Großindustriellen und Großagrarier, die von allen Regierungen des kapitalistischen Deutschland durchgeführt worden ist, hat ihre höchste Steigerung erfahren unter dem Junkerregime der Papenregierung, das gegenwärtig von der Schleicherregierung, der Sachwalterin der Schwer- und Rüstungsindustrie und des Großgrundbesitzes fortgesetzt wird. Die treffendste Illustration hierfür und die völlige Entlarvung des betrügerischen Versuches, den Reichswehrkanzler von Schleicher als „sozialen General" zu maskieren, zeigt der von der Schleicherregierung gefaßte Beschluß zur Verteuerung der Margarine, der den ostelbischen Agrariern Millionenprofite auf Kosten der Aermsten zuschanzt.

Zur Aufrechterhaltung ihrer Herrschaft, die von den Stößen der kapitalistischen Wirtschaftskrise erschüttert wird, bedient sich die herrschende Klasse in immer stärkerem Maße faschistischer Herrschaftsmethoden, geht die Bourgeoisie zur offenen Aufrichtung der faschistischen Gewaltherrschaft gegen die Arbeiterklasse über.

### Die Regierung Schleicher ist, wie die Papen-Regierung, eine Form der faschistischen Diktatur.

Die sozialdemokratischen Führer sind wie die Nationalsozialisten für die Erhaltung der bürgerlichen Diktatur und gegen eine Herrschaft der Arbeiter und Bauern.

Während die Nationalsozialisten auf eine immer offenere Anwendung der brutalen Gewalt zur Sicherung der kapitalistischen Herrschaft hinarbeiten, versuchen die sozialdemokratischen Führer das Wesen und den Inhalt der faschistischen Diktatur in Deutschland vor den Arbeitermassen zu verschleiern und die Werktätigen über den Klasseninhalt des kapitalistischen Staates hinwegzutäuschen. Darüber hinaus besteht

### die Rolle der Sozialdemokratie

darin, die Arbeiter von jeglichem außerparlamentarischen Kampf gegen die faschistische Diktatur abzuhalten und immer neue Illusionen in der Arbeiterschaft zu erzeugen. Indem die Sozialdemokratie große Massen der Arbeiter vom konsequenten revolutionären Kampf gegen die Bourgeoisie und gegen die faschistische Diktatur abhält, leistet sie damit der Bourgeoisie die wichtigsten Hilfsdienste für die Aufrechterhaltung der kapitalistischen Klassenherrschaft und verwirklicht so ihre Rolle als soziale Hauptstütze der Bourgeoisie.

Die allgemeine Notlage aller Werktätigen in Deutschland, in wachsendem Maße verschärft durch die Wirkungen der kapitalistischen Krise, wächst in diesem nun begonnenen vierten Krisenwinter ins Ungeheuerliche.

Millionen Familien in Deutschland frieren in ihren Elendswohnungen, während Millionen Tonnen Kohlen auf den Halden aufgestapelt sind. Millionen Arbeiter, Erwerbslose und Werktätige aller Schichten hungern, während Millionen Zentner Getreide und Kartoffeln in Scheunen und Kellern der kapitalistischen Hungervögte lagern oder der Vernichtung zugeführt werden.

Die KPD hat die werktätigen Massen zur revolutionären Kampfaktion gegen Hunger und Frost aufgerufen. In allen Teilen Deutschlands wächst der Kampf der Erwerbslosen um die Erfüllung ihrer Winterhilfsforderungen.

In dieser Situation hat das Zusammentreten der neugewählten Kommunalparlamente in Sachsen in den ersten Tagen des Monats Januar besondere Bedeutung. Die Kommunen sind die unteren Einheiten des kapitalistischen Staates.

**Alle Maßnahmen der kapitalistischen Klasse zur Abwälzung der Lasten der kapitalistischen Krise auf die Schultern der Werktätigen und alle Maßnahmen zur Sicherung der kapitalistischen Herrschaft durch Anwendung faschistischer Herrschaftsmethoden finden darum in den Kommunen ihre deutlichste Widerspiegelung und ihre unmittelbarste Auswirkung.**

Die offene rücksichtslose und zynische Ausnutzung des kommunalen Verwaltungsapparates für die Profitinteressen der Kapitalisten, die reaktionäre Finanzpolitik der Kommunen, die Verhöhnung der hungernden und verzweifelten Erwerbslosen, Fürsorge- und Rentenempfänger als Antwort auf ihre bescheidensten Forderungen auf Winterbeihilfe und die wachsende Faschisierung der Kommunalpolitik durch weitgehendste Beseitigung des Selbstverwaltungsrechtes der Kommunen sind dafür die sichersten Beweise.

Die KPD ruft die Massen der Hungernden und Verzweifelten zur Aktion gegen Hunger und Frost, zum Kampf gegen die kapitalistische Hungerpolitik in Reich, Länder und Gemeinden, zum Kampf gegen die faschistische Diktatur. Die KPD richtet aus Anlaß des Zusammentritts der neugewählten Kommunalparlamente, nachdem die werktätigen Wählermassen bei den Gemeindewahlen der KPD ihr in gewaltigem Maße gesteigertes Vertrauen bekundet haben, den Appell an die Arbeiter und Werktätigen Sachsens zur Verstärkung dieses Kampfes.

**Die KPD wird in den neuen Kommunalparlamenten wie in ihrer bisherigen Tätigkeit in den Kommunen nur eine einzige Richtschnur ihrer Politik kennen: die Interessen der Arbeiterschaft und der werktätigen Schichten wahrzunehmen.**

Sie wird dabei ihre Gesamttätigkeit in den Kommunalparlamenten in den Dienst der außerparlamentarischen Mobilisierung der Arbeiterschaft und der Werktätigen Sachsens zum Kampf um ihre Lebensforderungen, um ihre Existenz und um den revolutionären Ausweg aus kapitalistischer Krise, Not und Verelendung stellen. Dieser außerparlamentarischen Mobilisierung der Massen sollen die Forderungen dienen, die die Kommunisten in den neugewählten Gemeindeparlamenten in allen sächsischen Gemeinden am Tage ihres Zusammentritts erheben.

### Die Kommunisten fordern:

1. Sofortige Gewährung einer ausreichenden Winterbeihilfe in Lebensmitteln, Kleidung, Heizmaterial und Geldunterstützung im Umfang der von kommunistischen Fraktionen in Gemeinschaft mit den Erwerbslosenausschüssen in einer Reihe von Gemeinden bereits gestellten Anträge für alle Erwerbslosen, Fürsorgeempfänger und Sozialhilfsbedürftigen.

2. Erhöhung und Erweiterung der Wohlfahrtsunterstützung, Abschaffung der Wohlfahrtspflichtarbeit und Durchführung dieser Arbeiten als Notstandsarbeiten mit tariflicher Entlohnung.

3. Rückgängigmachung des letzten Lohnabbaues für die kommunalen Arbeiter und Durchführung der 40-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich für alle Arbeiter und unteren Angestellten der Kommunen.

4. Verbot von Exmittierungen in den städtischen Wohnhäusern, Beschlagnahme der leerstehenden Wohnungen für die Wohnungslosen und Verwendung aller Aufkommen und Rückflüsse von Mietzinssteuern zum Bau von Arbeiterwohnungen.

5. Befreiung von allen Kommunalsteuern für alle Besitzlosen und Werktätigen mit geringem Einkommen und Uebertragung dieser Steuern auf die Besitzenden.

6. Progressive Staffelung der städtischen Wasser-, Strom- und Gastarife und unentgeltliche Abgabe von Strom- und Wasser an Erwerbslose, Fürsorgeempfänger und Klein- und Sozialrentner.

7. Unentgeltliche Abgabe von warmen Mittagessen durch die Kommunen als laufende Sonderunterstützung an Erwerbslose, Fürsorgeempfänger, Klein- und Sozialrentner.

Dies sind die Forderungen, die die Kommunisten beim Zusammentritt der neuen Kommunalparlamente erheben und die sie in den neuen Kommunalparlamenten als Anträge in geeigneter Form einbringen werden. Die Kommunisten werden in den Kommunalparlamenten für die sofortige Behandlung und Annahme dieser Forderungen kämpfen.

Die Sozialdemokratie, die bei den Kommunalwahlen einen entscheidenden Schlag erhalten hat, hat vor den Kommunalwahlen ihr betrügerisches Manöver des Angebots auf Listenverbindung an die KPD durchzuführen versucht.

**Nach einem, mit den Mitteln der wüstesten Beschimpfung und Verleumdung der KPD geführten Wahlkampf haben die werktätigen Wähler Sachsens, vor denen die KPD dieses Betrugsmanöver entlarvte, ein glänzendes Bekenntnis ihres Vertrauens zur KPD und ihrer Zustimmung zu deren Politik abgelegt und der Sozialdemokratie zu einer schweren Niederlage verholfen.**

Die Folge des Rückganges des Masseneinflusses der SPD ist das Anwachsen der sozialdemokratischen Versuche mit immer neuen Betrugsmanövern die Arbeiter zu verwirren, der wachsenden Radikalisierung der Arbeitermassen mit radikalen Phrasen Rechnung zu tragen, und so den Einfluß der SPD bei der Arbeiterschaft zu erhalten. Schon am Tage nach der Kommunalwahl begann die SPD mit neuen Manövern, indem sie ihre Niederlage unter dem Schlagwort „Sieg des Gesamt-Marxismus" zu verschleiern suchte.

**Seit der Kommunalwahl ist die SPD fieberhaft beschäftigt mit der Einleitung eines neuen Manövers. Sie redet von „marxistischen Mehrheiten" in den Gemeinden und versucht, neue parlamentarische Illusionen unter den Arbeitern zu wecken.**

Im Hinblick auf die mit dem Zusammentritt der neugewählten Kommunalparlamente erfolgenden Präsidiumswahlen in den Kommunalparlamenten versucht die Sozialdemokratie für eine Aktions- und Arbeitsgemeinschaft der KPD mit der SPD in den Kommunalparlamenten bei der Arbeiterschaft Stimmung zu machen.

**Die KPD erklärt demgegenüber: Marxistische Mehrheiten gibt es nur in den Gemeinden, in denen die Kommunisten die Mehrheit haben, Arbeitermehrheiten gibt es nur dort, wo die Kommunisten oder Arbeiter und Werktätige, die sich für den Kampf unter Führung der KPD erklären, diese Mehrheit bilden.**

Alle Spekulationen der sozialdemokratischen Führer, die revolutionäre Partei des Proletariats, die KPD, dazu zu mißbrauchen, den Prozeß des Rückganges des Masseneinflusses der SPD und der Loslösung der Arbeitermassen von der sozialdemokratischen Führung abzuhalten, jede Spekulation auf eine „Aktions- und Arbeitsgemeinschaft" der KPD mit der SPD, der sozialen Hauptstütze der Bourgeoisie, wird fehlschlagen.

Die Kommunisten werden aber auch jeden Versuch der Sozialdemokratie zur Inszenierung neuer Betrugsmanöver zerschlagen. Die KPD wird ihre Entscheidung über die Haltung ihrer Fraktionen in den einzelnen Gemeinden bei den konstituierenden Wahlen entsprechend ihrer strategischen Linie der Loslösung der sozialdemokratischen Arbeiter von ihren sozialfaschistischen Führern treffen und den Arbeitern und Werktätigen Sachsens unterbreiten.

**Die KPD aber stellt in den Mittelpunkt ihrer Tätigkeit in den Kommunalparlamenten nicht die Frage des Kampfes um kommunale Posten und um die kommunale Futterkrippe, sondern den Kampf um die Forderungen im Interesse der Arbeiterschaft und der Werktätigen aller Schichten.**

Die KPD unterbreitet daher die in diesem Appell niedergelegten Forderungen der Kommunisten in den neugewählten Kommunalparlamenten der Arbeiteröffentlichkeit und fordert auch von der Sozialdemokratie unverzüglich eine klare unzweideutige Stellungnahme zu den kommunistischen Forderungen. Die KPD hat keinerlei Illusionen über die Rolle der Kommunalparlamente im kapitalistischen Staat. Sie nennt daher die